

Besprechungen

A m o n n, A l f r e d : *Simonde de Sismondi als Nationalökonom*. 2 Bände. Bern 1945 und 1949. Verlag A. Francke AG. 516 u. 413 S.

Anlässlich des 100. Todestages von Sismondi (25. 6. 1842) erschien, freilich infolge der Ungunst der Verhältnisse post festum, ein zwei-bändiges umfangreiches Werk von Amonn unter dem Titel „Simonde de Sismondi als Nationalökonom“. Der erste Band trägt den Untertitel „Forthbildung der klassischen Doktrin; Individualismus und Liberalismus“, der zweite „Die Neuen Prinzipien; Kritik des Liberalismus; Neubegründung des Interventionismus; Sozialpolitik, Bevölkerungslehre, Krisentheorie“. Als Aufgabe stellte sich A., Sismondis nationalökonomisches Gesamtwerk, das in seiner Bedeutung weder vollständig erkannt noch objektiv richtig beurteilt und gewürdigt worden sei, darzustellen und kritisch zu würdigen.

Der deutsche Leser wird erfreut nach diesem Werk greifen, ganz besonders, weil es aus der Feder von A. stammt und weil es an einem brauchbaren Werk über Sismondi im deutschen Schrifttum fehlt. Man lese z. B. das im Handw. d. Staatsw. beim Artikel „Sismondi“ angegebene deutsche Schrifttum. Sieht man von den Hinweisen auf die dogmengeschichtlichen Darstellungen ab, so bleibt wirklich nicht viel übrig. Hinzu kommt, worauf A. im Vorwort zum 1. Band S. 11 mit Recht hinweist, daß die Beurteiler und Interpreten Sismondis „fast durchweg in einseitiger Weise das Hauptgewicht auf die Darstellung und Hervorhebung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen und Anschauungen gelegt und deren wissenschaftlich-theoretische Grundlegung und Begründung vernachlässigt“ haben. Aus dem deutschen Schrifttum vergleiche man hierzu z. B. Momberts „Geschichte der Nationalökonomie“ (Jena 1927) S. 374—382, zum Teil auch Kruse „Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien“ (3. Aufl. München 1953) S. 77—79. Verständlich ist, daß Gide und Rist in ihrer „Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen“ (3. Aufl. Jena 1923) Sismondi ausführlich behandeln (S. 184—216) und daß sie dabei auch auf seine theoretischen Grundlagen eingehen. Allein S. 194 heißt es, daß weniger die Nationalökonomie als die Sozialpolitik Sismondi beschäftigt habe. „Seine originelle Leistung besteht darin, ihr Studium begründet zu haben.“ Und nun liegt ein zwei-bändiges Werk vor, in dem, wie der Titel ausdrücklich besagt, Sismondi als Nationalökonom behandelt wird.

Dennoch glaube ich, daß der deutsche Leser von A. enttäuscht wird. Da vor nicht langer Zeit eine größere Schrift über Sismondi von

dem Franzosen R. de Salis erschienen ist, hielt es A. für überflüssig, gleichfalls ein derartiges Werk zu schreiben. Er glaubte, vor der folgenden Alternative zu stehen (II. S. 8): Entweder „das Werk Sismondis als für die Geschichte der Nationalökonomie von untergeordneter Bedeutung zu betrachten und zu behandeln — ein Standpunkt, der sich bestimmt nicht rechtfertigen läßt, — oder eine abgekürzte, aber doch alle wesentlichen Gedanken enthaltende Form der Darbietung zu wählen, ...“. A. schlug den letzteren Weg ein.

Das Werk ist für die Studierenden der Volkswirtschaftslehre geschrieben, die über die beiden fast 2000 Seiten umfassenden großen nationalökonomischen Schriften „De la richesse commerciale ou Principes d'économie politique“ (1803) und „Nouveaux principes d'économie politique“ (1819), ohne sie im Original lesen zu müssen, genaueren, aus erster Quelle geschöpften und quellenmäßig belegten Bescheid erhalten möchten. Der erste Band des vorliegenden Werkes ist Sismondis Buch von 1803, der zweite dem von 1819 gewidmet. Jeder der beiden Bände zerfällt in drei Abschnitte. Der erste, einführende Abschnitt (I. S. 17—113, II. S. 11—118) soll dem Leser eine Vorstellung von Sismondis originalen Gedanken und seiner Stellung in der Geschichte der Nationalökonomik vermitteln und gleichzeitig das Verständnis und die Aufnahmefähigkeit für die oft schwierigen Gedankengänge des zweiten Abschnittes erleichtern und erhöhen. Im zweiten, darstellenden Abschnitt (I. S. 115—469, II. S. 119—378) wird der Inhalt der wesentlichen Stellen in möglichst wortgetreuer Übersetzung wiedergegeben. Der dritte, erläuternde Abschnitt (I. S. 471 bis 506, I. S. 379—404) soll das Verständnis vertiefen und zugleich den Zusammenhang der Lehren Sismondis mit denen seiner Vorgänger sowohl wie mit den Modernen aufzeigen (I. S. 12 f.). Am Schluß eines jeden Bandes befindet sich ein Schlagwortverzeichnis. Unklar ist, nebenbei gesagt, warum Ad. Smith und Ad. Müller im 1. Band hier unter A, dagegen im 2. Band Smith ganz richtig unter S aufgeführt werden.

Mit großer Mühe und vielem Geschick hat A. die wesentlichsten Ausführungen der beiden „Standardwerke unserer Wissenschaft“ wiedergegeben und so die Möglichkeit geschaffen, daß ein größerer Kreis wieder Zugang zu ihnen findet. Übrigens irrt A. wohl, wenn er I. S. 9 schreibt, daß das 1803 erschienene Werk nicht ins Deutsche übersetzt wurde. Eine derartige Übersetzung erschien 1811 in Wien, allerdings unter einem anderen Titel. Dagegen hat A. recht damit, daß es heute schwierig ist, eine deutsche Übersetzung von Sismondi zu bekommen. Aber glaubt A. wirklich, daß sein Werk, das ja auch über 900 Seiten umfaßt, von den Studierenden der Volkswirtschaftslehre, die sich nicht speziell mit Sismondi beschäftigen, gelesen wird? Die Dreiteilung der Darstellung kann nicht als glücklich bezeichnet werden. Sie macht Wiederholungen unvermeidlich, die hin und wieder ermüdend wirken, um so mehr, als A. in den zweiten darstellenden Abschnitten nicht, wie man eigentlich erwarten sollte, ausgewählte Stellen aus

den beiden Werken von Sismondi im Wortlaut in Übersetzung bringt, sondern auch hier referiert. Wenn auch keineswegs die Leistung von A. und der Wert seines hier besprochenen Werkes verkannt werden sollen, so wäre dem deutschen Leser, insbesondere dem deutschen Studierenden, mit einer gediegenen, nicht allzu umfangreichen deutschen Schrift über Sismondi in der üblichen Form mehr gedient. Gerade A. wäre dazu in der Lage, eine Darstellung zu geben, in der Sismondi nicht nur als Sozialpolitiker behandelt wird.

Bruno Schultz-Berlin.

Wilson, Thomas: *Der moderne Kapitalismus und der wirtschaftliche Fortschritt*. (Die Universität, Bd. 27). Berlin, Stuttgart 1952. Humboldt-Verlag. 267 S.

Das im deutschen Schrifttum so oft behandelte Problem des modernen Kapitalismus wird hier in einer neuartigen, sehr sorgfältig abgewogenen Schilderung von einem in Oxford wirkenden Nationalökonom geboten. Mit aner kennenswerter Klarheit ist der Verfasser bemüht gewesen, die in der modernen Wirtschaftspolitik zutage tretenden Gegensätze herauszustellen und ihre grundsätzlichen Unterschiede zu klären. Die Darstellung spannt in dem angegebenen Sinne einen weiten Bogen, beginnend mit dem Problem Fortschritt oder Freiheit und Kapitalismus und endend mit den Fragen der Zahlungsbilanz. Ganz besonders fesselnd und für die Beurteilung der Lage in Großbritannien wichtig ist der Schlußteil, der die Zukunft der Privatwirtschaft behandelt. Im ersten Teil ist der Verfasser bemüht, im Sinne des Neoliberalismus die Unvereinbarkeit einer Planwirtschaft mit modernen Grundsätzen nachzuweisen, der zweite Teil dagegen ist den angeblichen Fehlern des kapitalistischen Wirtschaftssystems gewidmet.

Friedrich Bülow, Berlin.

Wagenführ, Rolf: *Mensch und Wirtschaft, eine Nationalökonomie für Jedermann*. Köln 1952. Bund-Verlag. 307 S.

Diese konkrete Schilderung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ist eine zugleich höchst anschauliche, jedoch auch theoretisch gut aufgebaute Darstellung dessen, was in den üblichen Lehrbüchern der Nationalökonomie theoretisch zugespitzt geboten wird. Gern wird man dem Verfasser bestätigen, daß es ihm gelungen ist, eine Volkswirtschaftslehre zustande gebracht zu haben, die sich mit Recht als eine Nationalökonomie für Jedermann bezeichnet. Daß dabei im Sinne moderner makroökonomischer Auffassungen vom Volkseinkommen und seiner Gliederung ausgegangen und damit von vornherein komplizierte Vorstellungen über den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß in klarer Weise dargelegt werden, sei besonders hervorgehoben. In dem Kapitel XIII „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsverfassung“ wird das Problem der wirtschaftspolitischen Systeme aufgerollt und damit ein Thema angeschnitten, das im Brennpunkt des Meinungsstreites

steht. Das durch viele Statistiken und bildliche Darstellungen angereicherte Buch sei allen, die in leichter, anschaulicher Form volkswirtschaftlich denken lernen und sich orientieren wollen, bestens empfohlen.

Friedrich Bülow, Berlin.

Kraus, Otto: *Sozialprodukt und Volkseinkommen* (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 3). Berlin 1952. Verlag Duncker & Humblot. 123 S.

Das von dem Verfasser in der vorliegenden Schrift behandelte Thema ist eines derjenigen, die heute im Brennpunkt des volkswirtschaftlichen Interesses stehen, soweit es sich um den makroökonomischen Aspekt und damit zugleich um die Beziehungen zwischen Nationalökonomie und modernen empirisch-statistischen Verfahren handelt. In diesem Sinne weist die Darstellung drei Teile auf: das Sozialprodukt, das Volkseinkommen sowie Größe und Verteilung des Volkseinkommens. Es muß anerkannt werden, daß die vorliegende Darstellung der in der heutigen Literatur öfter mit ermüdenden Aufzählungen behandelten Zusammenhänge klar und pädagogisch geschickt aufgebaut ist, so daß nicht nur der Studierende, sondern auch der Mann der Praxis in der Lage ist, sich an Hand eines sachkundigen Führers zu informieren. Die sorgfältig gegliederte und klar geschriebene Abhandlung kann allen interessierten Kreisen zum Studium empfohlen werden.

Friedrich Bülow, Berlin.

Carell, Erich: *Grundlagen der Preisbildung* (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 1). Berlin 1952. Duncker & Humblot. 140 S.

Die vorliegende, sehr grundsätzlich gehaltene Schrift behandelt in geschlossener Darstellung die Theorie der Preisbildung und damit denjenigen Teil der modernen Nationalökonomie, der in den letzten Jahrzehnten die stärksten Wandlungen erlebt hat und noch heute beachtliche Unterschiede in der Auffassung, z. B. über das Wesen der Kosten, aufweist. Besonders eindrucksvoll erscheint mir der Abschnitt „Vom Wesen der Kosten“ (S. 19 ff.), in dem sich der Verfasser mit der Alternativ- und Kostentheorie auseinandersetzt. Die darauf aufbauenden Abschnitte über die Preisbildung der Produktionsfaktoren und der produzierten Güter im Rahmen der vollkommenen Konkurrenz und dann vor allem der zweite Teil, der der Theorie der Monopolpreisbildung und Interdependenz gewidmet ist, sind mit ihren vielerlei Beispielen und der vorsichtig gehandhabten Einführung mathematischer Darstellungsformen eine beachtliche pädagogische Leistung. Handelt es sich doch heute darum, die an und für sich oft recht schwierigen Ergebnisse der modernen Theorie an die Studierenden der Nationalökonomie und darüber hinaus an den Praktiker, der sich wissenschaftlich orientieren will, heranzutragen. Die sorgfältig gegliederte und

klar geschriebene Abhandlung verdient von allen, die sich über die moderne Preistheorie orientieren wollen, gelesen zu werden.

Friedrich Bülow, Berlin.

K r ü g e r , K a r l : *Afrika*. Mit 100 Fotos, 39 Karten und 1 Faltkarte. Berlin 1952. Safari-Verlag. 495 S.

Der bekannte Mineraloge und Wirtschaftsgeograph, der vor einiger Zeit erst ein Buch über die moderne „Türkei“ und kürzlich eine umfassende „Weltpolitische Länderkunde“ hat erscheinen lassen, beschäftigt sich in diesem Buch mit der Erschließung Afrikas, die er in die großen weltwirtschaftlichen Aufgaben der Nachkriegszeit stellt. Diese Aufgaben drängen geradezu alle diesseits und jenseits des Atlantischen Ozeans liegenden Staaten zu einer Kooperation im Hinblick auf den steigenden Bedarf an Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln für die gesamte Menschheit, wenn man dem Ziele näherkommen will, dieser insgesamt einen mittleren Lebensstandard zu sichern. Die wirtschaftliche Bedeutung Afrikas für die westliche Welt ist kaum zu unterschätzen. Es liefert von den Rohstoffmengen, welche die Atlantikpaktmächte im Jahre 1952 einfuhrten, 60 bis 70 vH des Urans, ohne das die Atomindustrie dieses Teils der Erde nicht denkbar ist, 99 vH des Niobiums, das für die Herstellung von Düsenflugzeugen unentbehrlich ist, 98 vH der Industriediamanten, 80 vH des Kobalts, 75 vH des Sisals, 70 vH des Palmöls, 66 vH des Chroms, 25 vH des Mangans, 21 vH des Zinns, 20 vH des Kupfers. Von seinen 30 Mill. Quadratmetern Fläche sind allein 11 Mill. Wüstengebiete; ein großer Teil entfällt auf den tropischen Regen-Urwald, der schwer zu besiedeln ist. Der riesige Kontinent wird heute von nur etwa 200 Millionen Menschen bewohnt, von denen rd. 125 Millionen Schwarze, 70 Millionen „Braune“ (Araber, Inder, Malaien usw.) und nur 5,5 Millionen Weiße sind, von denen allein die Hälfte in der Südafrikanischen Union wohnt. Dagegen schätzt man, daß Afrika das Zehnfache seiner gegenwärtigen Bevölkerung, nämlich 2 Milliarden Menschen, aufnehmen könnte.

Der Verfasser geht mit modernen Forschungsmethoden an die afrikanischen Probleme heran und fordert eine umfassende Raumplanung, da Afrika kein „reicher“ Erdteil ist. In einem geographischen Überblick, der speziell im Hinblick auf den Aufenthalt von Europäern im Schwarzen Erdteil geschrieben ist, setzt er sich für die Anwendung der modernen Technik in großem Umfang ein, die nach seiner Meinung für die Erschließung unerläßlich sei. Er gibt viele plastische Beispiele für die Erschließungsaufgaben und sieht alles unter dem Gesichtspunkt der Nutzbarmachung des Erdteils für die gesamte Menschheit. Es sind Musterbeispiele einer technogeographischen Betrachtung, die für die Entwicklung von Kolonialgebieten zweifellos noch eine große Zukunft hat.

Eingehende Erörterungen widmet der Verfasser weiter der Bevölkerungsfrage, die identisch mit der Arbeiterfrage ist, denn es mangelt Afrika nicht nur an Kapital, sondern auch an Arbeitskräften. Der belgische Geograph Harroy hat schon früher darauf hingewiesen. Der Verfasser untersucht die Arbeitsfähigkeiten einzelner Völkerschaften im Sinne ihrer Anpassung an den europäischen Arbeitsrhythmus und kommt zu dem Ergebnis, daß die Mechanisierung und Rationalisierung da, wo die Arbeitsleistung abfällt, zur besseren Ausnutzung der Arbeitskraft eingesetzt werden müsse. Da der Schwarze im allgemeinen unterernährt sei, ist die Mechanisierung des Landes eine unbedingte Notwendigkeit, um Arbeiter freizumachen. Sehr genau werden die Verkehrssprachen behandelt, deren Kenntnis gerade für die Beschäftigung von Negern unerlässlich ist, die z. B. zum Straßenbau herangezogen werden. Der Verfasser, der selbst türkisch und arabisch beherrscht, widmet diesem Kapitel besondere Sorgfalt.

In einem besonders ausführlichen Kapitel wird der Leser über den neuesten Stand der Erschließung der Bodenschätze unterrichtet unter Hinweis auf die neuen Jahrespläne, die in Durchführung begriffen sind. Die Gewinnung von elektrischer Energie, für die der Schwarze Erdteil allgemein als ein unerschöpfliches Reservoir betrachtet wird, beurteilt der Verfasser sehr kritisch. Besonders im Belgischen Kongo muß man die Erwartungen für die Gewinnung und Verwendung von mechanischer Energie erheblich herabsetzen. Er sagt: „Wegen der äußerst ungleichmäßigen geographischen Verteilung der natürlichen Energiequellen auf die verschiedenen Landschaften kann an eine gleichmäßige Modernisierung der Wirtschaft Afrikas gar nicht gedacht werden.“ Im Zusammenhang damit weist er darauf hin, daß auch große Mengen von Rohstoffen deshalb nicht marktfähig aufbereitet werden konnten. Die Kohlenlager, die Vorkommen von Erdöl und die Entwicklung der Wasserkräfte sowie die Schwierigkeiten ihres Ausbaus werden eingehend untersucht. Die Böden Afrikas sind sehr unterschiedlich. Es werden Beispiele der Bodenzersetzung mit sehr genauen chemischen Analysen unter besonderer Berücksichtigung des Wasserhaushaltes gegeben. In diesem Zusammenhang wird auch der Fehlschlag des englischen Erdnußplanes erwähnt. Da Afrika ein großer Holzlieferant ist, dessen Bedeutung mit Tabellen über Bestand und Ausfuhr von Walderzeugnissen im einzelnen dargetan wird, fordert der Verfasser eine planvolle Forstwirtschaft, da noch häufig ein forstlich unsachgemäßes Vorgehen zu beobachten sei. In der Landwirtschaft wird der Anwendung der modernen Agrartechnik eine gute Prognose gestellt. Das Hauptproblem ist die Bewässerung. In diesem Zusammenhang werden die Bewässerungsprojekte in Westafrika behandelt, zu denen solche in Marokko, Algerien, Tunesien hinzukommen, wie neuerdings die Errichtung des großen Staudammes von Sansandig in Französisch-Westafrika. Wir werden im einzelnen über die Kulturen der Baumwolle und der anderen Faserpflanzen unterrichtet. Die Fett-

lücke müßte durch die Anpflanzung von Nüssen, Ölpalmen, der Sojabohne sowie durch Baumwollsamensöl, Olivenöl, Sesam und die Pflege der Sonnenblumenkultur und anderer geplanter großer Erdnußplantagen geschlossen werden. Daneben wird ausführlich der Anbau von Zuckerrohr, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Obst, Reis und Weizen behandelt. In der Viehzucht sei vor allem der Kampf gegen Viehseuchen eine Notwendigkeit. Der Verfasser bezweifelt allerdings, ob eines der afrikanischen Gebiete einmal ein weltwirtschaftlich wichtiges großes Viehland werden könne. Demgegenüber ist jedoch darauf hinzuweisen, daß Südafrika das an fünfter Stelle stehende Schafland der Welt ist.

Ein besonders interessantes, aber auch schwieriges Problem bilden die Industrialisierungsmöglichkeiten in dem großen Kontinent. Es sind nicht unbedeutende Kohlenlager und sogar reiche Erzvorräte vorhanden. Aber nur in sehr wenigen Fällen liegen die Rohstoffe für die Stahlgewinnung günstig zueinander. Die Schrottbeschaffung in Afrika ist nicht einfach. In Anbetracht dieser wenig günstigen Voraussetzungen finden heute überall Großplanungen von Industriezentren statt. An der Grenze von Marokko und Südalgerien entsteht ein afrikanisches Ruhrgebiet mit Colomb-Béchar als Mittelpunkt. Die Industrialisierung Afrikas ist aber nur dann durchzuführen, wenn die Schaffung eines Mittelstandes gelingt, dessen Jugend technisch interessiert ist und lernt, das einheimische Handwerk auf eine höhere Stufe zu heben, um Facharbeitskräfte an die Fabriken abgeben zu können. Deshalb wird gefordert, daß einheimische Gewerbe nicht vernichtet werden dürfen, wie z. B. die Teppichweberei und das marokkanische Ledergerwerbe. Die einzelnen möglichen Industriegebiete, deren Aufbau zum Teil schon in Angriff genommen worden ist, werden ausführlicher behandelt. Desgleichen das Bewässerungsprojekt Sansandig und der Zehnjahresplan für Belgisch-Kongo, der im Jahre 1949 veröffentlicht wurde.

Nicht unbedeutende Aufgaben stellt der Städtebau hinsichtlich der zweckmäßigsten Haustypen, der Frage der Trennung der Rassen, des Baues von Gartenstädten, der Trinkwasserversorgung und der Abwehr der Sonnenstrahlung. Das sind alles Probleme, die der Techniker nur mit genauester Kenntnis der geographischen Gegebenheiten lösen könne. Entscheidend für die Erschließung des Schwarzen Erdteils ist aber der Ausbau des Verkehrswesens. Riesige Gebiete sind durch ausgedehnte Waldgebiete, Wüsten und Steppen vom Meer getrennt. In Europa entfallen auf 1000 qkm Bodenfläche 3300 m Küstenlinie, in Afrika nur 710 m. Deshalb behandelt der Verfasser, der sich in früheren Arbeiten eingehend mit Verkehrs- und Straßenbauproblemen befaßt hat, ausführlich die Planungsgrundsätze und die Hemmungen für ihre Verwirklichung. Im einzelnen geht er auf die technischen Schwierigkeiten im Bahnbau ein, das Problem der verschiedenen Spurweiten, der Elektrifizierung von Bahnstrecken, den Wettbewerb der

verschiedenen Verkehrsmittel und den Bau durchgehender Transafrika-Straßen. Die Versorgung mit Kraftstoffen im Straßenverkehr ist ebenso ein Sonderproblem wie die Überwindung der technischen Besonderheiten im Straßenbau. Daneben werden die Möglichkeiten der Erbauung von Seilbahnen und Rohrleitungen beleuchtet. Der See- und Binnenschiffahrt, dem Ausbau der Häfen und dem Luftverkehr wird eine entsprechende Würdigung zuteil. Zuletzt beschäftigt sich der Verfasser mit den Aussichten des Tourismus in Afrika, den er sehr ausführlich unter Hinweis auf die Hauptzentren des Fremdenverkehrs und die verschiedenen Sehenswürdigkeiten behandelt.

Das Buch enthält reiches Bildmaterial und zahlreiche Spezialkarten, die nach dem neuesten Stand der Vermessungstechnik und der Landaufnahmen für die Erfassung der geographischen Verhältnisse in Afrika hergestellt worden sind. Es ist sehr modern, interessant und flüssig geschrieben, zum Teil in einem geradezu unterhaltsamen Stil, der auch die eigentlichen wissenschaftlichen Passagen auflockert und auf diese Weise die Probleme dem Leser besonders nahebringt. In einem Länderanhang werden die einzelnen Länder unter Anführung zahlreicher geographischer und wirtschaftlicher Einzeldaten noch einmal übersichtlich zusammengefaßt. Es ist ein Buch, aus dem der Leser reiche Kenntnisse und zahlreiche Anregungen schöpfen kann, die ihm den politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtskreis erweitern und ihn mit wissenschaftlicher Genauigkeit in die aktuellen weltpolitischen Probleme einführen.

B r u n o K i e s e w e t t e r - B e r l i n

B a c h m a n n , H a n s : *Westeuropäische Wirtschaftsunion oder wirtschaftliche Zusammenarbeit?* Ein schweizerischer Diskussionsbeitrag. (Veröffentlichungen des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen, Nr. 11.) Zürich und St. Gallen 1950. Polygraphischer Verlag A.G. VIII. 46 S.

Oggleich die Studie aus einem Gutachten an den eidgenössischen Bundesrat hervorgegangen ist und darum die Beantwortung der aufgeworfenen Frage allein im Blickfeld der nationalen Wirtschaftsinteressen nahegelegen hätte, nimmt Bachmann eigentlich nur am Rande auf die Schweiz Bezug. Das Für und Wider generell zu erörtern, war freilich damals dem schweizerischen Standort insofern mehr angemessen, als sich die europäische Integration noch mitten im Stadium theoretischer Auseinandersetzung befand, m. a. W. ein Hervorkehren der speziellen wirtschaftlichen Gegebenheiten ist im Grunde gar nicht aktuell gewesen. Wenn die Tatsache, daß die Kleinstaaten durchweg die Nachkriegsschwierigkeiten besser gemeistert haben, zum Beweis für die Grenzen herangezogen wird, die der wirtschaftlichen Konzentration gesteckt seien (S. 5), hätte allerdings entgegnet werden können, die Schweiz war eben nicht in den Krieg verwickelt. Außerdem will es A. Piatier (Europäische Wirtschaftsunion, Zeitschrift für die ge-

samte Staatswissenschaft, 109. Bd., 1953, S. 107) scheinen, als ob Länder mit einer Bevölkerung von 40 bis 80 Millionen Einwohnern und entsprechendem Binnenmarkt eine kritische Größe von Wirtschaftsmechanismus repräsentieren im Vergleich zu Staaten mit niedriger oder höher gelagerten Daten. Fertigt der Autor die Bildung einer Wirtschaftsunion ziemlich kurz ab, weil diese ohne weitgehenden politischen Zusammenschluß nicht möglich sei (S. 6), so erwärmt er sich indessen unter bestimmten Kautelen für eine Zusammenarbeit mit dem Ziel, einen einheitlichen Markt zu schaffen. Der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Kapital soll nicht stattgegeben werden (S. 12 ff.). Gegen den Ausschluß des freien Kapitalverkehrs was auch zu jener Zeit schlechterdings nichts einzuwenden, doch hätte es wohl unter europäischem Aspekt mehr Überzeugungskraft besessen, wenn gegen die Bewegungsfreiheit des Faktors Arbeit statt der Beschäftigungspolitik namentlich kleinerer Staaten die allgemeine Wohnungsnot zum Vorwand genommen worden wäre, denn die Politik der Vollbeschäftigung mußte verschiedentlich kurzerhand einzig zur Bemäntelung des alten Nationalegoismus erhalten. An Stelle einer Zollunion, die kaum zu realisieren sei — der holländische Vorschlag, eine Zollunion ins Leben zu rufen, ist ja auch nach anfänglicher grundsätzlicher Billigung auf stärksten Widerstand gestoßen (vgl. H. Ilau, Zollunion — der falsche Weg, Frankfurter Allgemeine Ztg. Nr. 55 vom 6. 3. 1953) —, regt Bachmann die Errichtung einer Freihandelszone an, da in dem Falle die handelspolitische Autonomie nicht aufgegeben werden müsse (S. 18 ff.); er befürchtet, daß in einer Zollunion ebenso wie in einer Währungsunion die Interessen des Kleinstaates nicht genügend gewahrt „und seine Unabhängigkeit bedroht werden könnten“ (S. 26). Der geforderte Verzicht auf Handels- und Zahlungsbeschränkungen ist inzwischen durch die Tätigkeit der EZU in Verbindung mit der OEEC wenn auch nicht absolut, so doch in einem Grade erfüllt worden, daß sich der innereuropäische Handel zusehends erweiterte. Beim Abbau der quantitativen Restriktionen sowie der Zölle sollen allerdings gemeinhin die nationale Landwirtschaft, die Erzeugung von Stapelgütern und wehrwirtschaftliche Erfordernisse besonders abgeschirmt werden (S. 22), und dieses Postulat hat der Verfasser im Hinblick darauf, daß die Montanunion wahrscheinlich den Zoll für Kohle und Stahl herabsetze, ja vielleicht sogar eine partielle Freihandelszone bzw. Zollunion etabliere, zwei Jahre später unter Betonung der schweizerischen Belange wiederholt. Die praktische Form annehmende Gemeinschaft der Montanindustrie veranlaßte ihn aber gleichzeitig zu der Eröffnung, daß man sich trotz aller Skepsis gegenüber einer Wirtschaftsunion — Apologeten von Zweifeln jedweder Art sind im übrigen bekanntlich keineswegs in der Schweiz allein beheimatet gewesen — dem etwaigen Werden eines solchen Gebildes nicht ganz verschließen dürfe (Die Schweiz und die europäische Wirtschaftszusammenarbeit, Neue Zürcher Zeitung, Fern-

ausgabe Nr. 143 vom 25. 5. 1952). Und im Rahmen des von der Handels-Hochschule St. Gallen im Winter 1952/53 veranstalteten Vortragszyklus über die Integrierung des europäischen Westens konstatierte Bachmann schließlich, eine übermäßig skeptische Beurteilung der europäischen Integration sei angesichts deren Fortschritte auf wirtschaftlichem, militärischem und politischem Gebiet nicht nur unrealistisch, die durch ihre Neutralität zwar zur Zurückhaltung gezwungene Schweiz begreife vielmehr den Wunsch nach einem engeren Zusammenhalt in Westeuropa („Die historischen Aspekte der europäischen Integration“, ebenda, Nr. 335 vom 5. 12. 1952; Die Integration Europas unter britischem Gesichtswinkel, ebenda, Nr. 52 vom 22. 2. 1953).

Arthur Dissinger - Ravensburg

H a u s s m a n n , F r e d e r i c k : *Der Schuman-Plan im europäischen Zwielficht*. Ein Beitrag zu den Grundproblemen und zur Weiterentwicklung des Schuman-Planes. München und Berlin 1952. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. XII, 266 S.

Dieses Buch Haussmanns wird am Ende der Literaturübersicht ausdrücklich als Fortsetzung der in diesem Jahrbuch (71. Jahrg., 1951, S. 509 ff.) besprochenen Analyse der deutschen Kohlenwirtschaft bezeichnet; stilistisch blendend und mit nicht alltäglicher Belesenheit abgefaßt sowie mit einem Anhang versehen, woran außer dem Vertragstext des Schuman-Planes gutachtliche Äußerungen, Entwicklungsreihen aus der Montanindustrie usw. gruppiert sind, steht es auch insofern der früheren Schrift in nichts nach. Dort ist jedoch der einstigen Rechtslage gemäß der Antitrust-Gedanke tragend gewesen, während hier die Verwerfung der „extrem neoliberalistischen“ Wettbewerbsordnung den roten Faden bildet, und daraus mag wohl, ob man den Standort der neoliberalen Theorie teilt oder nicht, kaum ein anderer Eindruck gewonnen werden, als daß für beide Schriften eine verschiedene Optik gewählt wurde und somit zwischen ihnen keine prästabilisierte Harmonie besteht.

Zugegeben, die Politik der Dekonzentrierung und Dekartellierung wird nicht mehr — nebenbei bemerkt, zuvörderst aus militärischen Gründen — kompromißlos durchgepaßt, ebenso wahr ist aber auch, daß das von den Militärregierungen erlassene Kartellverbot und die Entflechtungsvorschrift bis jetzt nicht aufgehoben wurden. So bedurfte die vom Bundestag im März 1953 beschlossene Handwerksordnung noch der Zustimmung des amerikanischen Hohen Kommissars, da sich die 1949 in der amerikanischen Zone verfügte Gewerbefreiheit, die ursprünglich sogar in dem Bonner Vereinbarungswerk verankert werden sollte, nach wie vor in Kraft befindet. Der Vertragsentwurf eines Kartells für Konsumseifen und eines Exportkartells der Netzfabriken hat gleichfalls durch die alliierte Dekartellierungsbehörde genehmigt werden müssen. Und daß diese und andere Bewilligungen jeweils nur Ausnahmen waren, wie ohnehin nie verhehlt wurde, haben

die drei Hohen Kommissare Ende 1953 erneut ohne Umschweife demonstriert, indem sie der Regierung Adenauer — trotz vorausgegangener positiver Stellungnahme der Hohen Behörde der Montanunion in der Frage der Konzernbildung und trotz fortdauernder Konzentration von Frankreichs Stahlindustrie (vgl. R. Lewinsohn, Die Pläne der französischen Stahlindustrie, *Der Volkswirt*, 7. Jahrg., Nr. 47 vom 21. 11. 1953) — anlässlich gewisser weiterer Zugeständnisse in bezug auf die Rückvergütung kategorisch eröffneten, mit Entgegenkommen sei nunmehr Schluß.

Die nach dem Rekonzentrierungsvorschlag von H. Schenk auf dem Eisenhüttenstag 1953 getroffene Feststellung des „Economist“ (Vol. 169, 1953, S. 647): „In Western Germany decartelisation is a thing of the part; recartelisation is now the order of the day“, wäre demnach sowohl überholt als verfehlt, wenn nicht das amerikanische Amt für „Foreign Operations“ beabsichtigen würde, Pläne zur Wiederaufrichtung der deutschen Konzerne zu erstellen, um die Leistung der Stahlproduktion zu steigern. Freilich, was auch solche Intention zeitigen mag, die anscheinend demselben Habitus wie die avisierte Revision der Antitrust-Gesetze entsprossen ist und die einmal mehr bescheinigt, daß in den Vereinigten Staaten, wiewohl „der Satz von der grundsätzlichen Unzulässigkeit von Kartellen“ unverrückbar in das amerikanische „Rechtsbewußtsein“ eingegangen ist (O. Bühler, Die europäische Bedeutung der Auseinandersetzungen um die schweizerische Wirtschafts- und Steuerverfassung, *Wirtschaft und Recht*, 3. Jahrg., 1951, S. 99), Trusts und Antitrust-Politik nebeneinander Betätigungsmöglichkeiten haben (vgl. B. Röper, Das marktwirtschaftliche Klima, *Frankfurter Zeitung*, Nr. 144 vom 25. 6. 1953), die objektiv allein zählenden Kompetenzen auf kartellpolitischem Gebiete in Westdeutschland sind vorerst noch verteilt, wie die obigen Beispiele erhellen.

Als müßig sowie „im Zwielficht“ muß deshalb der Versuch des Autors erscheinen, der Bonner Regierung ob ihres Bekenntnisses zu den neoliberalen Prinzipien ankreiden zu wollen, sie hätte mit den von ihr auf „Anweisung“ der alliierten Hohen Kommission entworfenen Kartellbestimmungen für den Schuman-Plan gewissermaßen den Mitgliedern der Montanunion eine wirtschaftspolitische Konzeption aufoktroiert, die lediglich ihr eigen ist. Letzten Endes war den Montanländern doch die Annahme des deutschen Entwurfes gänzlich freigestellt, folglich muß ihnen eben die neoliberale Fassung zugesagt haben (vgl. hierzu A. Gleiss, Die Kartellpolitik der Montanunion, *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 219 vom 11. 8. 1953). Selbst wenn man von der Reeducation absieht, die ja ein Wecken des Verständnisses für die amerikanische Antitrust-Gesetzgebung einschloß, um an Stelle der Kartellgläubigkeit eine „Antitrustvorliebe“ zu suggerieren, kann ferner für ein vorurteilsfreies Abwägen keineswegs gleichgültig sein, daß das geplante westdeutsche Gesetz gegen „Wettbewerbs-

beschränkungen“ erstens der Genehmigung der alliierten Hohen Kommissare unterliegt und zweitens an Schärfe von dem im August 1953 von der französischen Regierung verkündeten Gesetz noch übertroffen wird (vgl. A. Gleiss, Laniels Wettbewerbsgesetz, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 227 vom 30. 9. 1953). Als *quantité négligeable* ist ebensowenig die singulare Begebenheit zu werten, wonach die Hohe Behörde zunächst glaubte, nicht gegen das Exportkartell der Stahlproduzenten einschreiten zu können — neben den unklaren Vorschriften ist hierbei vielleicht auch die langjährige gesetzliche Sonderstellung des amerikanischen Exporthandels (vgl. F. Neumeyer, Exportkartelle im amerikanischen Wettbewerbsrecht, Wirtschaft und Recht, 4. Jahrg., 1952, S. 251 ff.) maßgebend gewesen —, später jedoch dessen Auflösung mittels Fixierung von Höchst- und Mindestpreisen, also von ausgesprochenen Kartellkriterien, erzwingen wollte. Denn dieser Sinneswechsel birgt nicht etwa nur dadurch eine extra pikante Note in sich, daß im Falle der Konkretisierung gebundener Preise die Montanunion zu einem Superkartell — d. h. zu einem Gebilde, vor dem Haussmann schon in seiner Schrift über die deutsche Kohlenwirtschaft gewarnt hat — ausgestaltet würde, sondern namentlich noch dadurch, daß die Animosität gegen das Exportkartell, wie bekannt wurde (vgl. *The Economist*, a.a.O., S. 647 und 823) und wie es auch der neueren amerikanischen Ideologie entspricht (vgl. F. Neumeyer, a.a.O., S. 268), durch Vorstellungen der Vereinigten Staaten ermuntert worden ist. Der Ministerrat der Montanunion hat allerdings in Übereinstimmung mit dem Beratenden Ausschuß die Preislimitierung abgelehnt, ohne indessen über die Zulässigkeit des Exportkartells zu entscheiden; der von der Washingtoner Regierung bei vier Montanländern eingelegte Protest gegen das Kartell soll von den einzelnen Regierungen in direkten Verhandlungen erledigt werden.

A r t h u r D i s s i n g e r - R a v e n s b u r g

B i n d e r, A n n e l i e s e: *Internationale Regulierungen auf dem Weltweizenmarkt*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 23.) Kiel 1952. VI, 93 S., 18 Tabellen, 10 Schaubilder.

Die vorliegende Untersuchung möchte Aufschlüsse über Notwendigkeit und Möglichkeiten zur Regelung des Weltweizenmarktes erbringen. Da die binnenstaatlichen Regulierungen nur teilweise durch nationale Besonderheiten der Getreideerzeugung bestimmt werden, weitgehend aber durch solche, die allgemein in der Natur der Weizenherzeugung, des Absatzes und des Anbaus begründet liegen, wurden vielfach die binnenstaatlichen wie internationalen Marktregelungen auf gleichen oder zumindest ähnlichen Wegen versucht. Dazu kommt ein wechselseitiges Wirkungsverhältnis. Zum besseren Verständnis der Problematik wird deshalb im 1. Hauptteil der Arbeit ein Überblick über Entwicklung und Stand der Marktregelungen in den wichtig-

sten Welthandelsländern gebracht. Neben den großen Exporteuren des Weltweizenabkommens von 1949: den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien, wird auch Argentinien berücksichtigt, das im Hinblick auf die Problemstellung der Verfasserin das interessanteste Ausfuhrland ist. Von den 42 beteiligten Importeuren wird die Marktregelung des Vereinigten Königreiches herangezogen, der in Kürze nur noch historischer Wert gebührt, da inzwischen die Freigabe des britischen Getreidehandels erfolgt ist.

Die binnenstaatlichen Marktregulierungen zeigen, daß in den vier Exportländern die Entwicklung übereinstimmend vom freien Markt über gelegentliche begrenzte staatliche Interventionen zur umfassenden Marktordnung führt, deren Mittel u. a. differenzierte Preisfixierungen, Anbauflächenregulierungen, Vorratshaltung sind. Die Darstellung läßt erkennen, daß in keinem Land befriedigende Auswirkungen erreicht werden. Der amerikanische Paritätspreis, der ein indirekt durch Vorratshaltung gestützter Preis mit gleichbleibender Kaufkraft ist, kann infolge der Ernteschwankungen keine Stabilisierung des Einkommens der Farmer bewirken. Die starre, von der Marktlage unabhängige Preisstützung kann sich auch nicht im Sinne einer Anpassung der Erzeugung an die langfristige Nachfrage auswirken. Die Marktordnungen sichern den Produktionskosten keinen Einfluß auf den Umfang der Erzeugung. Die Marktregelung wirkt sich in Argentinien dahin aus, daß ein Rückgang der Erzeugung bei steigenden Preisen erfolgt. Hier wie in Australien wurde, wie die Verfasserin feststellt, der Erzeugerpreis zu niedrig angesetzt. Die Landwirtschaft mußte in ungebührlichem Grade zur Gewährleistung niedriger Lebenshaltungskosten beitragen. In Argentinien wurden die Exporterlöse für Weizen darüber hinaus teilweise der Industrie zugeführt.

Im 2. Hauptteil der Arbeit bringt Verfasserin einen Überblick über den hartnäckigen Kampf, der in erster Linie von Seiten der Ausfuhrländer seit 1933 um eine internationale Zusammenarbeit auf dem Weltweizenmarkt geführt wird und mit dem Abkommen von 1949 einen sichtbaren Erfolg zeitigte. In zeitlicher Hinsicht ist aus dem Wunsch nach einer vorübergehenden Regelung des Weltmarktes, den die Agrarkrise Anfang der 30er Jahre auslöste, das Streben nach stetigen dauerhaften Ordnungen geworden. In sachlicher Hinsicht werden die Ziele bescheidener. Man verzichtet auf den Versuch, die Erzeugung der effektiven Nachfrage anzupassen und begnügt sich damit, für Erzeuger und Verbraucher eine gewisse Absatz- und Bezugssicherheit zu schaffen. Damit ändern sich auch die Ansatzpunkte. Das Abkommen von 1949 läßt im Gegensatz zu früheren Versuchen die binnenstaatliche Marktregelung der beteiligten Länder unangetastet. Es gibt durch Höchst- und Mindestgrenzen eine Preisgarantie für eine festgelegte Menge, während der übrige Markt der freien Preisbildung unterliegt. Die Ausführungen der Verfasserin, daß lediglich die Stützungskäufe der Commodity Credit Corporation (CCC.) dazu geführt haben, wenn

im Rahmen des Abkommens von 1949 die Mindestpreise nicht zur Auswirkung gekommen sind, und die Verkäufe einseitig zu Höchstpreisen getätigt wurden, deckt sich mit der allgemein vertretenen Auffassung. Auch der Entscheidung der Frage: „Buffer Stock Agency“ oder „Weltweizenabkommen“ zu Gunsten des Weltweizenabkommens ist zuzustimmen. Die Verfasserin stellt abschließend fest, daß eine internationale Zusammenarbeit mit begrenzter Zielsetzung, die den beteiligten Ländern Freiheit hinsichtlich des Einkommens der Erzeuger, der Ausgaben der Verbraucher, den Anbauflächen, Vorräten und sonstigen Marktregulierungen läßt, den gegebenen Verhältnissen am meisten entspricht. Die Bedeutung des Abkommens von 1949 wird vielleicht mit der schlichten Feststellung, daß es diese begrenzten Zielsetzungen erreicht hat (S. 77), zu gering bewertet. Es sind immerhin rd. 60 v. H. des gesamten Weltweizenhandels durch das Abkommen erfaßt worden (S. 90; S. 72) und die mit ihm geschaffenen Garantien der Absatz- und Bezugsmöglichkeiten haben nicht nur bei den Export-, sondern auch bei den Importländern wesentlich zur Stabilisierung der Lage beigetragen.

Im Hinblick auf das neue Abkommen, dessen Ratifikation begonnen hat und dessen Laufzeit auf drei Jahre bemessen ist, bringt die Arbeit in Erinnerung, daß das Vereinigte Königreich bereits 1947 ein Abkommen verhindert hat, da ihm die Preise zu hoch schienen. (Mindesthöchstpreis Dollar je Bushel 1949: 1,40/1,80; 1953: 1,55/2,05.) Die Arbeit bietet auch im übrigen wertvolles Material zur Beurteilung der gegebenen Lage. Sie zeigt u. a., daß das Vereinigte Königreich 1949/51 rd. 30 v. H. der durch das Abkommen garantierten Bezugsmengen aufnahm (S. 70). Da 70 v. H. der Importmengen ratifiziert werden müssen, damit das neue Abkommen am 1. 8. 1953 in Kraft treten kann, ist sein Zustandekommen gefährdet, wenn das Vereinigte Königreich nicht unterzeichnet und sich ihm weitere Länder anschließen. Kommt das Abkommen ohne das Vereinigte Königreich zustande, so erscheint es nach der vorliegenden Untersuchung zu mindesten zweifelhaft, ob dies vorerst ein Sinken des Weizenpreises auf dem freien Markt bedeuten würde, da das Stützungsprogramm der Vereinigten Staaten noch zwei Jahre läuft. Immerhin würde der Vertragspreis gegenüber dem freien Weizenpreis eine scharfe Bewährungsprobe zu bestehen haben. Hierauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Weizenvorräte 1953 mehr als doppelt so hoch wie 1949 liegen (S. 73; Zürcher Ztg. Nr. 102). Als Käufer wird im Rahmen des neuen Abkommens Japan wesentlich als Bezugsland gewinnen (S. 90). Auch deutet die Untersuchung der Verfasserin an, daß die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren Mühe haben werden, ihre so schnell erkämpfte Vorrangstellung in vollem Ausmaß zu behaupten. Verringerter Zuschußbedarf Europas infolge erhöhter Erzeugung und Fortfall bestehender Verbindlichkeiten durch Einstellung amerikanischer Hilfsaktionen wirken hier zusammen. Die Dollarknappheit wird sich hierdurch in den kommenden

Jahren viel schärfer als bisher dahin auswirken, daß sich der freie Welthandel stärker auf die südliche Hemisphäre verlagert.

Anneliese Kasten, Berlin.

Seraphim, Hans-Jürgen: *Die Bedeutung des Genossenschaftswesens im Rahmen der deutschen Agrarpolitik*. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, herausgegeben von Hans-Jürgen Seraphim, Heft 1.) Neuwied a. Rh. 1950. Verlag der Raiffeisendruckerei G. m. b. H. 27 S.

Aizsilnieks, Arnolds: *Das Genossenschaftswesen in der Sowjetunion* (Strukturwandlungen unter sowjetischem Einfluß). Übersetzt von Heinz Paulick. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, herausgegeben von Hans-Jürgen Seraphim, Heft 2.) Neuwied a. Rh. 1950. Verlag der Raiffeisendruckerei G. m. b. H. 48 S.

Stupka, Johannes: *Strukturprobleme konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsformen*. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, herausgegeben von Hans-Jürgen Seraphim, Heft 3.) Neuwied a. Rh. 1951. Verlag der Raiffeisendruckerei G. m. b. H. 29 S.

Loest, Johannes: *Die Deutsche Genossenschaftskasse*. Vorgeschichte, Aufbau und Aufgaben. (Vorträge und Aufsätze des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, herausgegeben von Hans-Jürgen Seraphim, Heft 4.) Neuwied a. Rh. 1952. Verlag der Raiffeisendruckerei G. m. b. H. 44 S.

Seinen „Quellen und Studien“ hat das Münsterer Institut für Genossenschaftswesen die weitere Reihe „Vorträge und Aufsätze“ zur Seite gestellt, in die kürzere Untersuchungen des deutschen und ausländischen Genossenschaftswesens aufgenommen werden sollen. In gemeinverständlicher Form wendet auch sie sich in erster Linie an den Genossenschaftspraktiker, um ihm für seine Tagesarbeit Kenntnisse und Anregungen zu vermitteln.

In Heft 1 behandelt Hans-Jürgen Seraphim „Die Bedeutung des Genossenschaftswesens im Rahmen der deutschen Agrarpolitik“. Der Leser wird zunächst auf die seit 1945 erfolgten Änderungen der volkswirtschaftlichen Lage Deutschlands hingewiesen, die auch die Agrarpolitik vor grundsätzliche Entscheidungen über ihre alten und neuen Ziele und Wege gestellt haben. Im Vordergrund steht hierbei die Tatsache, daß die Ernährung Westdeutschlands in wesentlich höherem Maße als früher von Importen abhängig geworden ist, die nur bei entsprechender Steigerung der deutschen Industrieexporte aufrechterhalten werden können. Äußerungen, daß der agrarische Eigenbedarf ohne Schwierigkeiten durch vermehrte landwirtschaftliche Inlandsproduktion gedeckt werden könne, hält Seraphim mit Recht für durchaus utopisch. Die mit der Liberalisierung verbundene Marktausweitung

läßt auch die deutsche Landwirtschaft nicht unberührt, die seit langem nicht mehr unter dem Druck internationalen Wettbewerbs stand. Da ein Abbau ihrer steuerlichen Belastung angesichts der gesamtstaatlichen Finanzgebarung kaum in Betracht kommen kann, bedarf die Landwirtschaft gründlicher Rationalisierungsmaßnahmen, wenn sie nicht auf die Dauer von der übrigen Volkswirtschaft subventioniert werden soll. Dies ist vor allem durch gesteigerte Arbeitsintensität zu erreichen, die auch die Möglichkeit echter Lohnsteigerungen schafft. Mit der Notwendigkeit verstärkter Produktionsmechanisierung mündet dieses Problem in die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung ein, und hier vermag gerade der genossenschaftliche Zusammenschluß fühlbare Abhilfe zu schaffen. Hinzu kommt, daß „die westeuropäische und insbesondere deutsche Bauernwirtschaft Gefahr läuft, von den Mühlsteinen der sowjetischen Kollektivwirtschaft einerseits und den überseeischen Farmerwirtschaften andererseits zerrieben zu werden“ (S. 15). Die staatliche Hilfe sollte nicht in Preisstützungsaktionen bestehen, sondern (beispielsweise mit Hilfe der Flurbereinigung) für zureichende Wettbewerbsgrundlagen sorgen. Zu den vordringlichen Zielen gehören Verbesserungen der Rentabilitätslage der deutschen Landwirtschaft durch erhöhte Mengenproduktivität, Kostensenkung und Rationalisierung des Absatzes. Eine Ordnung des (unter zersplittertem Angebot und mangelnder Transparenz leidenden) Agrarinnenmarktes „von unten her“ kann sich auf die hundertjährige Tradition der Absatzgenossenschaften stützen. Es gilt jedoch, gewisse organisatorische Mängel im ländlichen Absatzgenossenschaftswesen insbesondere durch konzentriertere Absatzfunktionen und verstärkte Zusammenarbeit mit den Konsumvereinen zu beheben. Ferner bedarf die Agrarproduktion erhöhter Standardisierung und Vereinheitlichung. Den landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaften eröffnet sich in der Verbesserung der Relation von landwirtschaftlichen Produkten- und Produktionsmittelpreisen ein weites Tätigkeitsfeld.

Der in Schweden lebende lettische Professor Arnolds Aizsilnieks vermittelt in Heft 2 an Hand von Tatsachenmaterial aus der sowjetischen Literatur und Presse einen Einblick in „Das Genossenschaftswesen in der Sowjetunion“, der die Ausführungen Seraphims über „Das Genossenschaftswesen in Osteuropa“ (Quellen und Studien des Instituts für Genossenschaftswesen an der Universität Münster, Band III, Neuwied a. Rh. 1951, S. 82 ff.) mit der Darstellung der Strukturwandlungen unter sowjetischen Einfluß ergänzt. Aizsilnieks befaßt sich ausschließlich mit dem Konsumvereinswesen und verwendet so oft als möglich unmittelbare Zitate, um Mißdeutungen zu vermeiden. Die sowjetische Konsumgenossenschaftsbewegung kann mit der westlichen nicht verglichen werden, beide haben nur den Namen gemein. Im sowjetischen Urteil unterscheiden sich die westlichen Genossenschaften kaum von den Aktiengesellschaften und dienen wie diese der Realisierung kapitalistischen Mehrwerts:

„Nur wenn sie von einer revolutionären Partei geführt werden, können die Genossenschaften eine positive Rolle im Kampf der arbeitenden Klassen gegen das Kapital spielen“ (S. 13). Der Verfasser zeigt sodann die Schicksale des russischen Genossenschaftswesens von der Zeit vor der bolschewistischen Revolution bis zur Gegenwart und die Erfolge und Mißerfolge der sowjetischen Genossenschaften. Als Wesensmerkmale treten namentlich die weitreichenden Eingriffs- und Gestaltungsrechte hervor, die Staat und Partei in sämtlichen Belangen des organisatorischen Aufbaus und der wirtschaftlich-politischen Betätigung beanspruchen und faktisch ausüben: Satzungen, Eigentumsverhältnisse, Preise, Personal- und Finanzierungsfragen lassen keine Zweifel aufkommen, wer der eigentliche Herr des sowjetischen Genossenschaftswesens ist. Von den beiden Formen sozialistischen Eigentums, Staatseigentum und Genossenschaftseigentum (einschließlich des Eigentums der Kollektivwirtschaften), betrachtet der Sowjetstaat die erste als vollkommener in bezug auf die Fortentwicklung zum Kommunismus, und somit — so schließt der Verfasser — ist das Genossenschaftswesen auch nach seiner „Säuberung“ und Umgestaltung lediglich eine Übergangserscheinung auf diesem unausweichlichen Wege, der — was das Genossenschaftswesen im allgemeinen betrifft — nach der marxistisch-leninistischen Lehre folgende Etappen durchlaufen muß: 1. „bourgeois“ Genossenschaftswesen (die neutralen Genossenschaften in den kapitalistischen Ländern), 2. proletarisches Genossenschaftswesen (d. h. das „bourgeois“ Genossenschaftswesen unter kommunistischer Führung), 3. sowjetisches Genossenschaftswesen und 4. Abschaffung der Konsumgenossenschaften im vollendeten kommunistischen Gesellschaftssystem. In der UdSSR. steht die derzeitige Entwicklung zwischen den Stadien 3 und 4, während die sog. kapitalistischen Länder kaum über das 1. Stadium hinausgelangt sind.

Heft 3, „Strukturprobleme konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsformen“, bildet die Niederschrift eines von Johannes S t u p k a am Münsterer Genossenschaftsinstitut im Mai 1950 gehaltenen Vortrages. Ausgehend von einer Skizze der wichtigsten Daten des volkswirtschaftlichen „Wertauftriebsprozesses“ definiert der Verfasser in Anlehnung an Hasenack den Betrieb als eine materiellen Zwecken dienende organisierte Leistungsgemeinschaft persönlicher und sachlicher Kräfte, die in vorgeregelter Weise nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung dient und auf Dauer und Bestand ausgerichtet ist (S. 6). Im Unterschied hierzu umschließt der Begriff der Unternehmung die Probleme der Finanzierungsquellen und damit der Risikoträger, der Führung der ökonomischen Einheit sowie die Frage nach den Trägern der ökonomischen Macht. Nach dieser begrifflichen Vorbereitung behandelt der Verfasser die Betriebs- und Unternehmungsstruktur der Konsumgenossenschaften. Während für alle Konsumgenossenschaften die immaterielle und unternehmungsmäßige Seite in derselben Art und Bedeutung anzutreffen

ist, führen die Besonderheiten ihrer betriebswirtschaftlichen Aufgaben zu verschiedenen konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsformen mit speziellen Strukturproblemen, die um die im Einzelfall mehr oder weniger ausgebildeten betriebswirtschaftlichen Grundfunktionen kreisen. Von dieser Basis her entwickelt der Verfasser eine Anzahl Strukturtypen der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsformen und prüft ihren jeweiligen ökonomischen und ideellen Charakter. Zuletzt befaßt sich Stupka mit den Einflüssen des Strukturtypus auf Form, Inhalt und Ausmaß von Betriebsvergleichen sowie der Betriebsüberwachung und -kontrolle. Gerade dem externen Betriebsvergleich bereiten die Struktur- und Größenunterschiede konsumgenossenschaftlicher Wirtschaftsformen Schwierigkeiten, die dem betrieblichen Rechnungs- und Revisionswesen noch zahlreiche Aufgaben stellen.

Das Thema des Heftes 4, „Die Deutsche Genossenschaftskasse (Vorgeschichte, Aufbau und Aufgaben)“, ist im Juli 1951 gleichfalls in einem Vortrag am Institut des Herausgebers behandelt worden. Johannes Loest erläutert eingangs den Aufbau des westdeutschen Genossenschaftswesens. Es liegt auf der Hand, daß für die Deckung des ansehnlichen genossenschaftlichen Kreditbedarfs auf ein gemeinsames Spitzeninstitut nicht verzichtet werden kann, das die Verbindung zum allgemeinen Kapitalmarkt herzustellen hat. Diesem Erfordernis wurde schon 1895 mit der Gründung der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse (zunächst für Preußen) Rechnung getragen, da der übrige Kreditapparat nicht imstande war, die klein- und mittelbetriebliche Kreditnachfrage in Landwirtschaft und Handwerk ausreichend und in geeigneter Form zu decken. Der Verfasser schildert den Weg dieses Instituts von der „Preußenkasse“ zur „Deutschlandkasse“ und wendet sich dabei auch den Problemen einer Reorganisation dieses genossenschaftlichen Zentralkreditinstituts bis zur Neugründung der Deutschen Genossenschaftskasse im Mai 1949 zu. Er erläutert den Inhalt des Gesetzes über die Rentenbankgrundschuld vom 11. Mai 1949, das zu einem erheblichen Teil das finanzielle Fundament auch der Deutschen Genossenschaftskasse legte, sowie Aufgaben und Verfassung der Genossenschaftskasse, wie sie im Gesetz vom 3. Februar 1951 abschließend geregelt worden sind. Zum Schluß berichtet Loest über die Entwicklung der Deutschen Genossenschaftskasse seit ihrer Neugründung und weist auf ihre Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens im ganzen hin. Im Anhang wurde das Gesetz über die Deutsche Genossenschaftskasse in der Fassung vom 3. Februar 1951 im Wortlaut abgedruckt.

Antonio Montaner, Mainz.

Bredendiek, Walter: *Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts*. Leipzig 1953. Verlag Koehler & Amelang. 442 S.

Diese Würdigung des Lebenswerkes und der Hauptideen von sechs christlichen Sozialreformern, die in Deutschland im Ringen zwischen

Kapitalismus und Sozialismus von ihrer religiösen christlichen Überzeugung aus für die Sozialreform eintraten, deren Grundideen auch gegen revolutionären Sozialismus vertraten, ist um so mehr zu begrüßen, als eine letzte Darstellung von Dockhorn schon über ein Vierteljahrhundert alt ist und die Berücksichtigung der Gedanken der führenden Männer — Frauen kommen bisher nicht in Betracht — im Wörterbuch der Volkswirtschaft (Band I, S. 538 f., 3. Aufl.) oder in anderen Sammelwerken (wie dem Lexikon für Theologie und Kirche) nicht zur deutlichen Abgrenzung gegenüber den naheliegenden Fragen führt, die wünschenswert ist. So kann z. B. ohne klare Begriffsbestimmung von „Sozialismus“ das Wesentliche der Sozialreform nicht deutlich werden. Deren Eigenarten werden deutlich durch sechs Monographien, die durch kenntnisreiche Kommentare eingeleitet und miteinander verbunden werden, und dadurch, daß von den Autoren je ein oder zwei besonders bezeichnende Kapitel aus ihrer literarischen Hinterlassenschaft im Urtext genau wiedergedruckt werden, was bei der Schwierigkeit, einige dieser früheren Veröffentlichungen heute in die Hand zu bekommen, zu begrüßen ist. So kann die aktuelle Wirkung der propagierten Ideen in früheren Jahrzehnten verstanden, für die Jetztzeit aber auch noch praktische Wirksamkeit dieser zum Teil klassischen Broschüren oder Reden erwartet werden.

Dem Verfasser kam es zunächst auf wissenschaftliche Darstellung einer zusammenhängenden Ideenbewegung an, die „in mehreren europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, England und Deutschland, zeitweilig von nicht geringem Einfluß gewesen ist.“ Die gebotene Beschränkung gestattete keine Vergleiche der Eigenarten, die in den verschiedenen Ländern zutage traten, wohl aber ist die Selbständigkeit der deutschen Hauptvertreter deutlich gezeichnet. Diese hängt mit der Verschiedenheit der Ausgangspunkte zusammen. So konnten Franz von Bader als Vertreter des romantischen Antikapitalismus, Victor Aimé Huber als Propagandist des Genossenschaftsprinzips, Johann Hinrich Wichern als Hauptvertreter der Innern Mission, Wilhelm Emmanuel von Ketteler als (nicht wieder erreichtes) Vorbild des katholischen Geistlichen, Rudolf Todt als der Mann geschildert werden, der die Christen besonders 1877 zur Beschäftigung mit den sozialistischen Gedankengängen aufforderte und zum erstenmal eine Verbindung zwischen den Forderungen des Neuen Testaments und den Gedanken der Arbeiterbewegung herstellte (wie Herz, der langjährige Sekretär des evangelisch-sozialen Kongresses, urteilte, dessen Bedeutung aus diesem Buch nur teilweise erkenntlich ist). Wenn weiter Friedrich Naumann unter der Überschrift „Der Ausklang christlich-sozialen Wollens“ gewürdigt wird, könnte das den Gedanken aufkommen lassen, daß ein Ende der Bewegung gegeben sei, was keineswegs der Fall ist, wie letzthin noch eindrucksvoll die beiden großen Kirchentage 1952/53 und das Erstarken der christlichen Gewerkschaften gezeigt haben. Mit Scheitern der parteipolitischen Be-

strebungen, bei deren Würdigung insbesondere Naumanns „Demokratie und Kaisertum“ zu beachten wäre, ist dieses idealistischen Demagogen — denn das war er — Wirkung nicht beendet. Dieser Ausspruch „Selbstverständlich ist das Religiöse im Christlich-Sozialen nur die eine Seite. Das Wirtschaftliche muß in Harmonie zu ihm stehen“, gibt erst die Beachtung einer Vereinigung dieser beiden Elemente mit dem Politischen das der Vielseitigkeit dieses Mannes entsprechende Bild, weshalb ein Hinweis auf die treffliche „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ nicht hätte fehlen sollen — wenigstens in den literarischen Anmerkungen, die sonst dankenswerterweise jedem Kapitel beigefügt sind. Die Meinung des Verfassers, daß von Naumann der letzte ehrliche Versuch (im 19. Jahrhundert) ausging, die soziale Frage unter führender Beteiligung des Bürgertums zu lösen, daß aber dieser „Versuch notwendig scheitern mußte, weil ihm die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen entgegenstanden“, ist wie mancher andere Satz zu allgemein gehalten, als daß er ohne nähere Begründung hätte aufgestellt werden sollen.

Auch über die getroffene Auswahl ist eine Diskussion gestattet; gern hätten wir die (natürlich erwähnten) Kolping und Hitze vertreten gesehen und statt mancher veralteten Sätze aus Baaders gewiß wertvollen und geschichtlich aufschlußreichen Ausführungen „über das damalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletars zu den Vermögenden besitzenden Klassen der Sozietät“ usw. (mit Polemik gegen Adam Smith) einige Seiten aus dem „Lehrbuch der Nationalökonomie“ von Heinrich Pesch, das Bredendiek selbst das „klassische Werk der katholischen christlich-sozialen Bewegung“ nennt. Hätte dem Verfasser mehr Raum zur Verfügung gestanden — aber es ist anzuerkennen, daß der Verlag ein so stattliches Werk mit 442 Seiten in so würdiger Form jetzt herausbrachte —, hätte er wohl auch Bodelschwingh mehr zu Wort kommen lassen, nachdem er die Innere Mission deutlich illustrierte — nicht nur durch die von Wichern 1847 und 1857 niedergeschriebenen und geredeten Dokumente (von denen das zweite bei einer Neuauflage gekürzt werden könnte). Die philanthropische Pädagogik wird mit Recht als mitbestimmend für die Gedankengänge des „Heroldes der Inneren Mission“ erwähnt, dessen „Rauhes Haus“ und seine dritte Aufgabe, die Reform des preußischen Gefängniswesens, nie vergessen werden sollten. Vom Bischof Freiherrn von Ketteler urteilt B.: „Seine Bedeutung als origineller Denker ist zwar begrenzt gewesen, als Anreger zu praktischer sozialer Arbeit, die über das Caritative hinausging, hat er jedoch mächtig gewirkt“, — deshalb ist er den bedeutenden Sozialreformern zuzurechnen. Daß Männer wie der „originelle Denker“ Huber, den Naumann als den rühmte, der lange vor seinen Zeitgenossen die Bedeutung der sozialen Frage erkannte, der andererseits nicht als aktiver und geschäftiger Organisator (wie Wichern) die von ihm behandelten Genossenschaftsgedanken zur Lösung in die Praxis einsetzen

konnte, oder Rudolf Todt, der früh sah, daß gegen die wachsende Macht der Sozialdemokratie keine Polizeimaßnahmen Wesentliches ausrichten würden, aus der Vergessenheit herausgeholt werden, in die sie zu Unrecht gerieten, ist ein weiteres Verdienst des gut geschriebenen Buches.

Hans Gehrig

Timm, Helga: *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930*. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Heft 1.) Düsseldorf 1952. Droste-Verlag. 215 S.

Geschichtliche Entwicklungen erfolgen nicht zwangsläufig wie Naturereignisse. Denn am Anfang einer geschichtlichen Entwicklungsreihe steht immer eine persönliche oder gemeinschaftliche Entscheidung. Diese Entscheidung aber ist nicht kausal notwendig. Dem einzelnen oder einer Gruppe stehen meist mehrere Möglichkeiten offen, wie zu entscheiden ist. Ist die Entscheidung gefallen, dann muß allerdings eines dem anderen notwendig folgen, bis eine neue, von der Linie abweichende Grundentscheidung getroffen wird. Im Leben des einzelnen wie im Leben der Völker gibt es solche Augenblicksentscheidungen, von denen die nächste und vielleicht auch fernere Zukunft abhängt, Augenblicke, die die weitere Entwicklung durch die Entscheidung beinahe schon vorwegnehmen. Die Geschichte eines Zeitalters wird daher nur demjenigen völlig verständlich, der die Augenblicke ausfindig macht, in denen die für die Folgezeit maßgebenden Entscheidungen gefallen sind. In der Geschichte des deutschen Parlamentarismus stellt der Bruch der großen Koalition im März 1930 einen entscheidenden Wendepunkt dar. Helga Timm zeigt in ihrem vorzüglichen Buch, wie es zu dem Bruch gekommen ist und welchen verhängnisvollen Verlauf die politische Entwicklung dann genommen hat. Sie zeigt, wie die großen Parteien mehr und mehr den Kontakt mit ihren Wählerkreisen verloren haben und wie gleichsam unter einer scheinbar wenig veränderten Oberfläche eine erhebliche soziale Umschichtung stattgefunden hat. Die Verfasserin zeigt auch, daß die Regierungsträger mit ihren interessen- und parteigebundenen Fraktionen mehr und mehr in Konflikt geraten sind, und zwar in höherem Grade, als die Minister aus weiterer Sicht und größerer Verantwortung zu handeln gedacht haben. An dem für die Folgezeit so entscheidenden Märztag des Jahres 1930 lag die Entscheidung bei den Flügelparteien der Koalition, der DVP und der SPD. Beide Parteien hätten sich, wie Helga Timm in einer fast dramatischen Schilderung darlegt, ganz anders entscheiden können, als es tatsächlich geschehen ist. Die allzu kurzfristige parteipolitische Entscheidung erklärte sich aus gewissen Illusionen, denen sich diese Parteien hingaben. Ein reiferes politisches Verständnis, eine stärkere realpolitische Haltung und eine selbst- und gemeinverantwortliche Gesinnung wären die Bedingungen gewesen, die der Geschichte damals noch einen anderen Verlauf hätten geben

können. Wenn man aus der Geschichte und in unserem Fall aus der Geschichte des Parlamentarismus etwas lernen kann, so vor allem dies: Im entscheidenden Augenblick liegt die Verantwortung bei uns. Was danach kommt, kann unsere Schuld sein.

Herbert Schack - Berlin

Briefs, Goetz: *Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheidewege.* München 1952. Leo Lehnen Verlag. 188 S.

Dieses Buch ist geschrieben worden und veröffentlicht, bevor die neuestens bei den Gewerkschaften zu beobachtende Selbstbesinnung deutlicher hervortrat, und vielleicht wird man sagen können, daß diese so notwendige und begrüßenswerte Selbstbesinnung durch das Buch von Goetz Briefs trotz der zunächst in den Vordergrund tretenden Ablehnung gefördert worden ist. Und damit wäre schon ein sehr positives Urteil über dieses Buch gesprochen.

Der Kerngedanke ist der, daß keine demokratische Ordnung möglich ist, wenn eine bestimmte Gruppen-Organisation mit Hilfe politischer Druckmittel, die nicht zu den verfassungsmäßigen Wegen der Willensbildung gehören, ihren Willen durchsetzt. Und ebenso ist es untragbar, wenn bestimmte Grundgesetze des politischen Zusammenlebens nicht beachtet werden, wenn etwa die Majorität meint, ihr sei alles erlaubt. „Eine Rousseau'sche Infektion schlimmster Art verdunkelt heute diesen Sachverhalt“ (S. 17) meint B. und versteht darunter die Neigung, diese ungeschriebenen Gesetze zu vergessen. Wenn ein Volk in dem Pluralismus der Interessenverbände zerklüftet ist, verliert es die Möglichkeit, sich zu regieren. „Mehr und mehr wird das Regieren (dann) eine Funktion der gouvernementalen Bürokratie“ (S. 43). Und diese Gefahr ist um so größer, je mehr der massive Gruppenegoismus an die Stelle des einstigen individualistischen Egoismus getreten ist. Die Folge ist dann eine faktisch omnipotente Regierung von „Spezialisten“. „Alle Prädikate werden von dieser Regierung beansprucht, außer denen der *misericordia Domini* und der *caritas Christi*“ (S. 37).

Von hier aus setzt sich B. mit der neueren Entwicklung der Gewerkschaften auseinander. Er tut es gewissermaßen mit Strenge und mit Liebe zugleich. Die Liebe B.'s für die Gewerkschaften steht ja außer Zweifel; ist er doch einer der markantesten wissenschaftlichen Vertreter der Gewerkschaftsbewegung und -theorie. Die Strenge ergibt sich aus der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften neuerdings weitgehend der Versuchung erlegen sind, falsche Wege zu gehen. Sicher wird man gegen B. einwenden können, daß er vielleicht zuweilen zu ausgeprägt einen sehr persönlichen Maßstab anlegt, insofern er übersieht, wie den Gewerkschaften doch zuweilen diese ihre kritisierte Haltung von anderen aufgezwungen worden ist. Man wird auch hinzufügen dürfen, daß die Besatzungsmächte allzu früh sowohl die Gewerk-

schaften als auch die alten Parteien wieder zugelassen und damit restaurativen Kräften zur Macht verholfen haben, ehe man in dem zusammengebrochenen Deutschland Gelegenheit hatte, sich zu besinnen und neue Formen des Gemeinschaftslebens zu entwickeln und sich mit dem Erbe der Aufklärung — sei es in seiner liberalen, sei es in seiner sozialistischen Ausprägung — auseinanderzusetzen. Diesem Faktum stehen wir nun aber in Deutschland gegenüber, und das bedeutet, daß wir unter diesen Voraussetzungen gezwungen sind, die unvermeidbare Klärung herbeizuführen. Und daß diese Klärung gerade im Schoße der Gewerkschaften (und auch der politischen Parteien) durchzukämpfen ist, ist unvermeidbar, da sie nun einmal diejenigen Organisationen sind, in denen in erster Linie der Wille geformt wird. Die Unternehmerorganisationen sind erst sehr viel langsamer wieder zu Einfluß gekommen. Wie begrüßenswert, daß man neuerdings diesen Auseinandersetzungen nicht mehr ausweicht!

Es wird aus diesem Buche aber auch noch etwas anderes klar, was dem Rezensenten schon seit längerem am Herzen liegt: Die Sozialpolitik hat heute einen ganz anderen realen Inhalt bekommen, als sie ihn früher besaß: Ging es einst um den Einbau einer nicht eingliederten Gruppe in die Gesamtheit, so geht es heute schlechthin um die Gewinnung einer neuen Ordnung. Nicht mehr Einordnungspolitik, sondern Ordnungspolitik schlechthin, wozu auch eine Neubesinnung auf die entscheidenden, letzten Endes ja metaphysischen Grundtatsachen alles Menschenlebens gehört.

Mag man auch in Einzelheiten manches anders sehen: das Buch von Briefs ist eines der wesentlichsten, die neuerdings geschrieben worden sind. Möge es nur als eine Mahnung zur Selbstbesinnung an alle (nicht nur an die Gewerkschaften) verstanden werden.

F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

C r o n i n , J o h n F.: *Mitbestimmung im Streit der Meinungen*. Mit einem Geleitwort von Oswald v. Nell-Breuning S. J. Bad Nauheim 1953. Christian-Verlag. 90 S.

Die kleine Broschüre gibt die Eindrücke und Ergebnisse einer Studienreise wieder, die der Verfasser 1951 im Auftrag des State Department in die Bundesrepublik unternahm, um die Auseinandersetzung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in der Industrie kennenzulernen. Sein Bericht umfaßt 1. die geschichtlichen Voraussetzungen des Kampfes um die Mitbestimmung, 2. die Stellungnahmen der verschiedenen an diesen Fragen beteiligten Gruppen, insbesondere der christlichen Kirchen, und 3. einen knappen Ausblick auf die sozialwirtschaftliche Bedeutung eines legislatorisch weiter oder enger umgrenzten Mitbestimmungsrechts und auf die Einflußmöglichkeiten zur wirksamen Zusammenarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Im Anhang wurde der Wortlaut des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen

der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (BGBl. I 347) abgedruckt.

Als ausgezeichnete Materialsammlung bildet die Schrift auch für den deutschen Leser eine nützliche Informationsquelle. Besonders wertvoll sind die Resultate der sorgfältig auf die entscheidenden Punkte des Themas abgestellten Befragungen. Auch will mir scheinen, daß dem Ausländer Cronin nur ganz gelegentlich par distance jene „starken Verzerrungen“ unterlaufen sind, von denen in der captatio benevolentiae des Geleitworts die Rede ist. (Ob ein paar sprachliche Unklarheiten schon im amerikanischen Original „Joint Labor-Management Control of Industry“ steckten oder erst mit der Übersetzung entstanden, kann hier nicht entschieden werden.)

Antonio Montaner - Mainz

Deutschland in Zahlen / 1950. Herausgegeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften. Köln 1951. Bund-Verlag GmbH. 360 S.

Das zweite vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften herausgegebene statistische Taschenbuch, für dessen sachliche und technische Neubearbeitung Dr. Iwas Brzoznowsky und Hans Barneking verantwortlich zeichnen, hat gegenüber seiner Erstausgabe eine wesentliche Verbreiterung und Vertiefung erfahren. Die Bearbeitung stützt sich auf die Sammlung und Auswertung eines sehr weitschichtigen Informationsstoffes, der vorwiegend den Materialquellen der fachamtlichen Statistik der Gebietskörperschaften entnommen ist. Das Tabellenwerk beschränkt sich hierbei nicht auf die rein zahlenmäßige Wiedergabe von Erhebungsergebnissen, sondern es bietet in einer konzentrierten Datensammlung von 345 Übersichten Orientierungstabellen zur Schnellinformation über Gegenwartsprobleme der sozialen und wirtschaftlichen Lebensordnungen und Abläufe. In 10 Hauptabschnitten wird der Leser über die Gebiete: I. Fläche und Bevölkerung, II. Erwerbsleben (Beschäftigungsstand, Arbeitsleistung, Frauenarbeit, Berufsnachwuchs, Sozialversicherung, Gewerkschaften), III. Preise, Löhne und Gehälter, IV. Volkseinkommen, Verbrauch, Investitionen, V. Landwirtschaft, VI. Industrie, VII. Außenhandel, VIII. Verkehrswirtschaft, IX. Geld- und Kreditwesen und X. Öffentliche Finanzwirtschaft unterrichtet. Die Übernahme und weitere Verarbeitung des Materials wird durch kurze Textkommentare erleichtert, die es dem Leser ermöglichen, in statistischen Beziehungsgrößen zu denken, zu vergleichen und sein Urteil über die soziale Erscheinungswelt mit konkreten Vorstellungen zu unterbauen.

Charlotte Lorenz - Göttingen